Antrag auf Erteilung einer Ausnahmegewilligung
nach § 24 Abs. 1 der Ersten Verordnung zum Sprengstoffgesetz (1.SprengV)
in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Januar 1991 (BGBl. I S. 169),
zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 11. Juni 2017 (BGBl. I S. 1617)

zum nichtgewerblichen Abbrennen von pyrotechnischen Gegenständen der Klasse F2

Name, Vorname	Eingangsvermerk/~stempel
Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)	
Telefon	Telefax
	Handy
E-Mail	Homepage

Zeit der Veranstaltung	am	von...bis	Dauer
Genauere Lage des Abbrennortes/ Anschrift	(Hinweis: bitte Planskizze beifügen)		Öffentliche Fläche
			Privatfläche
Hinweis: Den Abbrennort auf der Planskizze deutlich mit einem X kennzeichnen			

Anlass:	
----------------	--

Grundstückeigentümer / ~pächter
Die formlose Einverständniserklärung des Grundstückseigentümers / ~ pächters
ist als Anlage beigefügt
ich bin der Grundstückseigentümer/~pächter

Mülheim an der Ruhr, den

Unterschrift

Hinweis: Auf die Erteilung einer Ausnahmegewilligung haben Sie keinen Rechtsanspruch
Hinsichtlich der Planskizze hilft Ihnen das Ordnungsamt gerne weiter.

Mülheim an der Ruhr
Ordnungsamt
Herr Rainer
Am Rathaus 1
45468 Mülheim an der Ruhr
Tel.: 0208/455-3282
Fax: 0208/455-58-3282
Mail: Frank.Rainer@muelheim-ruhr.de

Hinweise für den Antragsteller / die Antragstellerin

Der Grund für das geplante Feuerwerk muss ein begründeter Anlass sein. Beispiele hierfür sind u.a.: Familienfeiern wie z.B. Hochzeit oder runder Geburtstag, Vereins- und Firmenveranstaltungen aufgrund eines Jubiläums,

Für Unfälle, Sachbeschädigungen und damit verbundene Schadensersatzansprüche haftet der Inhaber der Bewilligung. Zur Absicherung von Schadensersatzansprüchen wird eine entsprechende Haftpflichtversicherung empfohlen.

Nutzungsrechte über Gebäude und Anlagen sind mit dem Eigentümer zu vereinbaren. Die erteilte **Erlaubnis des Eigentümers der Fläche**, auf der das Feuerwerk abgebrannt werden soll, ist nachzuweisen.

Während der Fortpflanzungs- und Aufzuchtzeit wild lebender Tiere der streng geschützten Arten und europäischer Vogelarten ist vor Genehmigungserteilung die **Zustimmung der Unteren Naturschutzbehörde** einzuholen. Die Untere Naturschutzbehörde behält es sich vor, aufgrund einer geänderten Sachlage an den Fortpflanzungs- und Ruhestätten von wild lebenden Tieren der streng geschützten Arten und europäischer Vogelarten in der Nähe des Veranstaltungsortes auch nach Genehmigungserteilung weitere Auflagen zu erteilen, erteilte Auflagen abzuändern bzw. das Abbrennen des Feuerwerkes zu untersagen.

Es dürfen nur in Deutschland zugelassene Feuerwerkskörper erworben und verwendet werden (= Feuerwerkskörper, die von der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung (**BAM**) geprüft wurden und entsprechend gekennzeichnet sind (**BAM-Zulassungszeichen**)).

Es dürfen **keine** pyrotechnischen Gegenstände mit **Knall- oder Pfeifsatz** (z.B. Kanonenschläge, Heuler, Mehrfachkracher und dergleichen) erworben und verwendet werden.

Restbestände, beispielsweise von Silvester, ausgenommen Bodenfeuerwerk (Sprüheffekte) dürfen **nicht** abgebrannt werden. Die Beschaffung von Feuerwerkskörpern der Klasse F2 für das Feuerwerk darf erst mit der erteilten Ausnahmegenehmigung erfolgen. Das Gleiche gilt für Onlinebestellungen im Internet.

Gilt am Tage der beabsichtigten Durchführung des Feuerwerkes die **Waldbrandgefahrenstufe** 3 (mittlere Gefahr), 4 (hohe Gefahr) oder 5 (sehr hohe Gefahr), ist das Abbrennen eines Feuerwerkes nicht zulässig. Diese Werte erfahren Sie auf folgender Webseite: <https://www.dwd.de>

Das Feuerwerk darf höchstens 30 Minuten dauern und muss spätestens um 22 Uhr Mitteleuropäischer Zeit (MEZ), im Mai, Juni und Juli spätestens um 22.30 Uhr MEZ, beendet sein. Während der Zeiten, in denen die Mitteleuropäische Sommerzeit (MESZ) als gesetzliche Zeit vorgeschrieben ist, muss das Feuerwerk spätestens um 22.30 MESZ, im Mai, Juni und Juli spätestens um 23 Uhr MESZ beendet sein.

Je nach Veranstaltungsort ist der Mindestabstand zum Wald (100m) gemäß **§ 47 Abs. 1 Landesforstgesetz NRW** zu beachten.

Die Ausnahmegenehmigung wird unter einem **Widerrufsvorbehalt** und mit **Nebenbestimmungen** (z.B. Auflagen) erteilt.

Die Verwaltungsgebühren für die Ausnahmegenehmigung liegen je nach Einzelfall bei mindestens **70,00 €**.

Die Hinweise habe ich zur Kenntnis genommen:

Ort, Datum, Unterschrift des Antragstellers